



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 12. und 13. Sitzung, Amtsjahr 2009-2010

Mittwoch, den 3. Juni 2009, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Patrick Hafner, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär
Regine Smit, II. Ratssekretärin*

Abwesende:

3. Juni 2009, 09:00 Uhr
12. Sitzung *Sibel Arslan (GB), Anita Heer (SP), Markus Lehmann (CVP),
Tobit Schäfer (SP), Heiner Vischer (LDP).*

3. Juni 2009, 15:00 Uhr
13. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Sibel Arslan (GB), Anita Heer (SP),
Oskar Herzig (SVP), Markus Lehmann (CVP), Martina Saner (SP),
Tobit Schäfer (SP), Heiner Vischer (LDP), Ruth Widmer (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 3 |
| 3. | Bestätigung von Bürgeraufnahmen. | 4 |
| 4. | Schreiben des Regierungsrates betreffend Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte vom 17. Mai 2009 (Amtsperiode 2010 bis 2015); Stille Wahl. Antrag auf Validierung | 5 |
| 5. | Bericht und Antrag des Ratsbüros zur Einsetzung einer Spezialkommission zur Optimierung der Verfahren für die Wahlen durch den Grossen Rat sowie zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten. | 5 |
| 6. | Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 08.2098.01 betreffend Projektierungskredit für einen Neubau eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation auf dem Areal Bruderholz. Partnerschaftliches Geschäft | 7 |
| 7. | Ausgabenbericht betreffend Förderung der Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in Hausarztpraxen des Kantons Basel-Stadt. | 9 |
| 8. | Ratschlag betreffend Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital Basel (UKBB), Infrastruktureinrichtungen im Universitätsspital Basel. | 10 |
| 9. | Ratschlag Gründung des Wärmeverbunds Riehen Plus. | 11 |

10.	Ratschlag betreffend Rahmenkredit für die Erweiterung der Elektrizitätsversorgungsanlagen für die Jahre 2009 bis 2013.	11
11.	Ratschlag Beschaffung von Ökostrom-Zertifikaten zur Sicherstellung einer 100% erneuerbaren Stromversorgung durch die Industriellen Werke Basel (IWB).	12
12.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Nr. 09.0046.01 Auf der Lyss Baumersatz, Aufwertung und Verbesserung der Verkehrssicherheit.	13
13.	Ratschlag Friedhof am Hörnli - Erweiterung des Bestattungsangebotes. Neue Gemeinschaftsgrabanlage - Einbau neuer Urnennischen.	14
14.	Ausgabenbericht Primarschule Schoren, Erweiterung.	15
15.	Ratschlag Investitionsbeiträge für Tagesheimplätze.	15
16.	Neue Interpellationen.	17
17.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P242 "Für ein sauberes Wiesenufer".	19
18.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P255 "Gleiche Öffnungszeiten für alle Gartenbäder in Basel-Stadt".	20
19.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P258 "Öffnung des Nordtangenten-Halbanschlusses "Klybeck" für den Normalverkehr".	20
20.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P259 "Bebbi Sagg und Abfallentsorgung neu überdenken".	21
21.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P262 "Auswirkungen des Krieges in Sri Lanka auf die Situation der in der Schweiz lebenden Tamilinnen und Tamilen".	21
22.	Motionen 1 - 5.	21
23.	Anzüge 1 - 8.	24
24.	Beantwortung der Interpellation Nr. 26 Sibylle Benz Hübner betreffend Erhalt der Poststellen im Gebiet des Kantons Basel-Stadt.	26
25.	Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Urs Müller-Walz betreffend Basel-Stadt hat die höchsten Krankenkassenprämien in der Schweiz und subventioniert damit erst noch andere Kantone!	27
26.	Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Heidi Mück betreffend zweiter SBB-Rheinbrücke und Einfluss auf Rangierarbeiten im Klybeck.	27
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	29
	Anhang B: Neue Vorstösse	32

Beginn der 12. Sitzung

Mittwoch, 3. Juni 2009, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[03.06.09 09:03:47, MGT]

Mitteilungen

Patrick Hafner, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Rücktritte

Marc Oser, Alexander von Sinner, Jonas Peter Weber und Elisa Streuli haben ihren Rücktritt als Ersatzrichterin, bzw. Ersatzrichter am Strafgericht auf den 31. Dezember 2009 eingereicht. Die Zurücktretenden wurden als ordentliche Richter gewählt oder haben andere Aufgaben im Staat übernommen. Ich danke den Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Neue Interpellationen

Es sind 13 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 38, 39 und 44 werden mündlich beantwortet.

Ich erlaube mir, Sie bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass der Regierungsrat für die Beantwortung von Interpellationen gemäss unserer Geschäftsordnung eine Redezeit von zehn Minuten hat. Interpellationen sollten deshalb Fragestellungen sein, die sich in zehn Minuten auch beantworten lassen. Für Fragestellungen, welche vom Umfang her darüber hinaus gehen, empfehle ich Ihnen, das Instrument der Schriftlichen Anfrage zu verwenden.

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Neues Basler Staatskundebuch

Für jedes Mitglied des Grossen Rates liegt im Vorzimmer ein Exemplar des neuen Basler Staatskundebuches mit dem Titel "Grenzfall Basel-Stadt. Politik im Stadtkanton" bereit.

Autoren sind Pierre Felder, Leiter Volksschulen, und Eva Gschwind, die hauptberuflich für den Parlamentsdienst arbeitet. Entsprechend kommt auch der Grosse Rat im Buch nicht zu kurz, was speziell erfreulich ist. Insgesamt ist die baselstädtische Politik nun wieder aktuell und modern dokumentiert.

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[03.06.09 09:06:03, ENG]

Zuweisungen

Baschi Dürr (FDP): beantragt, die neuen Geschäfte 23 und 27 (Seite 5 des Geschäftsverzeichnisses) zum Mitbericht der Finanzkommission zuzuweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, folgende Geschäfte der **Finanzkommission zum Mitbericht** zuzuweisen:

- Ratschlag betreffend Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft AG (BPG) für die Periode 2010 bis 2014 sowie Kredit für die Ausrichtung von Beiträgen an die BPG zur Deckung von Finanzierungslücken in der Pensionskasse der BPG (09.0719.01).
- Ratschlag Parkraumbewirtschaftung Stadt Basel (Rahmenkredit) und Bericht zum Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend bessere Parkmöglichkeiten in den Quartieren mit Hilfe überschreitender Parkerlaubnis in der blauen Zone (09.0655.01)

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die übrigen Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Zwischenbericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 05.0063.01 betreffend Zentrale Informatik-Dienststelle (ZID), Ersatz Informatik-Rechenzentrum; Neubau Steinengraben 51). (BRK, BVD, 05.0063.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Überdeckung der Elsässerbahn vorantreiben (stehen lassen). (BVD, 07.5146.02)
- Zwischenbericht des Regierungsrates zu den Anzügen Hansjörg W. Wirz und Konsorten betreffend einem gemeinsamen Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Zusammenlegung der beiden kantonalen Ämter für Umwelt und Energie (stehen lassen). (WSU, 99.6071.06, 05.8291.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Verlustscheinbewirtschaftung (stehen lassen). (FD, 05.8151.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Erneuerung der Hörnliallee in Riehen (stehen lassen). (BVD, 07.5121.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Martina Saner bezüglich der zu Verfügung stehenden Instrumente bei der Umsetzung der 5. IV-Revision. (WSU, 09.5042.02)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.

[03.06.09 09:08:39, JSD, 09.0607.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 09.0607.01 insgesamt 32 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (18 Gesuche), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 41 vom 6. Juni 2009 publiziert.

4. Schreiben des Regierungsrates betreffend Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte vom 17. Mai 2009 (Amtsperiode 2010 bis 2015); Stille Wahl. Antrag auf Validierung

[03.06.09 09:09:34, Ratsbüro, 08.2087.01, VAL]

Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen auf das Schreiben 08.2087.01 einzutreten und die in Form einer stillen Wahl durchgeführten Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte vom 17. Mai 2009 (Amtsperiode 2010 bis 2015) zu validieren.

Der Grosse Rat beschliesst

von Gesetzes wegen auf das Schreiben **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die im Kantonsblatt vom 16. April 2009 publizierte, in Form einer stillen Wahl durchgeführten Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte vom 17. Mai 2009 (Amtsperiode 2010 bis 2015) zu validieren.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der vollständige Beschluss über die Validierung mit den Namen der Gewählten ist im Kantonsblatt Nr. 41 vom 6. Juni 2009 publiziert.

5. Bericht und Antrag des Ratsbüros zur Einsetzung einer Spezialkommission zur Optimierung der Verfahren für die Wahlen durch den Grossen Rat sowie zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten.

[03.06.09 09:10:28, Ratsbüro, 09.5032.02, BER]

Das Ratsbüro beantragt, auf den Bericht 09.5032.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Daniel Stolz, Referent des Ratsbüros*

Fraktionsvoten

Lukas Engelberger (CVP): beantragt Nichteintreten.

Voten: *Daniel Goepfert (SP); Jürg Stöcklin (GB); Christoph Wydler (EVP/DSP); Christophe Haller (FDP); Lorenz Nägelin (SVP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Einzelvoten

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); Elisabeth Ackermann (GB)*

Schlussvoten

Voten: *Daniel Stolz, Referent des Ratsbüros*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Einsetzung einer Kommission mit 13 Mitgliedern

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Spezialkommissionen bestehen gemäss § 82 Abs. 2 GO aus elf Mitgliedern. Der Grosse Rat kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen eine andere Zahl von Mitgliedern festlegen.

Der Grosse Rat beschliesst

67 gegen 5 Stimmen bei 17 Enthaltungen, die Zahl der Mitglieder auf 13 festzulegen.

Detailberatung

II. Auftrag

III. Weitere Aufgaben

IV. Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 gegen 11 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Es wird eine Spezialkommission im Sinne von § 82 der Geschäftsordnung des Grossen Rates eingesetzt. Die Spezialkommission umfasst 13 Mitglieder. Das Ratsbüro wird beauftragt, die Spezialkommission umgehend zu bestellen und das Präsidium zu bestimmen.

II.

Auftrag der Spezialkommission ist die Überprüfung der gesetzlichen Regelung und der bisherigen Praxis für die Zusammensetzung und die Wahl der Kommissionen des Grossen Rates inklusive Fristenregelung für die Feststellung der Fraktionsstärken sowie die allfällige Ausarbeitung von Änderungsvorschlägen für die Rechtsgrundlagen zur Wahl der Kommissionen. Der Schlussbericht soll innerhalb von zwei Jahren vorgelegt werden, damit allfällige Anpassungen der Rechtsgrundlagen vor den nächsten Grossratswahlen wirksam werden.

III.

Der Rat kann der Kommission weitere Aufgaben zuweisen.

IV.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten zur zukünftigen Verteilung der Sitze in den ständigen Kommissionen (Kommissionsschlüssel) und zur Einsetzung einer Spezialkommission (09.5032.01) dieser Spezialkommission zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten (09.5032.01) **der Spezialkommission zu überweisen.**

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Ich bitte die Fraktionen ihre Nominationen sobald als möglich dem Ratssekretär zu melden, damit das Büro die Spezialkommission formell einsetzen kann. Das Präsidium der Spezialkommission steht turnusgemäss der SP Fraktion zu.

Schlüssel: SP: vier Sitze, SVP und GB: je zwei Sitze, übrige Fraktionen je ein Sitz.

6. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 08.2098.01 betreffend Projektierungskredit für einen Neubau eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation auf dem Areal Bruderholz. Partnerschaftliches Geschäft

[03.06.09 09:44:11, GSK, GD, 08.2098.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.2098.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Christine Locher-Hoch (FDP); Ursula Kissling (SVP); Beatrice Alder Finzen (GB); Felix W. Eymann (EVP/DSP); Rolf von Aarburg (CVP); David Wüest-Rudin (GLP); Martina Saner (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1 Projektierungskredit

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Die im Grossratsbeschluss genannte Summe von CHF 17.6 Mio. ist falsch, richtig ist 17.8 Mio.

Detailberatung

Ziffer 2 Vorbehalt Landratsbeschluss

Antrag

die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, folgende neue Ziffer 3 einzufügen:

3. Den gesetzlichen Rahmen für die Auftragsvergabe im Rahmen der Projektierung wie auch der Realisierung des Neubaus bilden das Beschaffungsgesetz Basel-Landschaft sowie die übergeordneten Rechtserlasse und Abkommen.

Die Regierungen der Trägerkantone werden verpflichtet, die zuständigen Projektgremien, Vergabestellen sowie die involvierten Fachstellen auf allen Stufen des Beschaffungsverfahrens (Ausschreibung bis und mit Zuschlag) anzuweisen, ihren Ermessensspielraum im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auszuschöpfen mit dem Ziel, dass die Anbieter in den Trägerkantonen gleich behandelt und gleichwertig berücksichtigt werden.

Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat mit der Schlussabrechnung Bericht über die Auftragsvergabe.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, dem Antrag der Gesundheits- und Sozialkommission zuzustimmen.

Detailberatung

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Projektierung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation am Standort Bruderholz wird ein Kredit von CHF 8'900'000 (50% Anteil am Total Projektierungskredit von CHF 17'800'000, inkl. 7.6% MwSt.) genehmigt.

2. Die Genehmigung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass ein gleichlautender Beschluss im Landrat des Kantons Basel-Landschaft verabschiedet wird.

3. Den gesetzlichen Rahmen für die Auftragsvergabe im Rahmen der Projektierung wie auch der Realisierung des Neubaus bilden das Beschaffungsgesetz Basel-Landschaft sowie die übergeordneten Rechtserlasse und Abkommen.

Die Regierungen der Trägerkantone werden verpflichtet, die zuständigen Projektgremien, Vergabestellen sowie die involvierten Fachstellen auf allen Stufen des Beschaffungsverfahrens (Ausschreibung bis und mit Zuschlag) anzuweisen, ihren Ermessensspielraum im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auszuschöpfen mit dem Ziel, dass die Anbieter in den Trägerkantonen gleich behandelt und gleichwertig berücksichtigt werden.

Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat mit der Schlussabrechnung Bericht über die Auftragsvergabe.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

7. Ausgabenbericht betreffend Förderung der Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in Hausarztpraxen des Kantons Basel-Stadt.

[03.06.09 10:23:08, GSK, GD, 08.2093.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 08.2093.01 einzutreten und einen Beitrag in der Höhe von insgesamt CHF 900'000 auszurichten.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Fraktionsvoten

Lorenz Nägelin (SVP): beantragt Nichteintreten.

Voten: *Markus Benz (GB); Salome Hofer (SP); Felix W. Eymann (EVP/DSP); Christine Locher-Hoch (FDP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, zur Förderung der Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in Hausarztpraxen des Kantons Basel-Stadt während den Jahren 2009 bis 2011 einen jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 300'000 auszurichten (Auftragsnummer 702900106025, Gesundheitsdepartement / Gesundheitsdienste Kostenstelle 7020510, Kontengruppe 36).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Ratschlag betreffend Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital Basel (UKBB), Infrastruktureinrichtungen im Universitätsspital Basel.

[03.06.09 10:51:00, FKom, GD, 09.0356.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0356.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Mustafa Atici, Referent der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung des Projektes "Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), Infrastruktureinrichtungen im Universitätsspital Basel" wird ein Kredit von CHF1'980'000, aufgeteilt auf die Jahre 2009 (CHF 940'000), und 2010 (CHF 1'040'000), zulasten des Gesundheitsdepartements, Universitätsspital Basel, Budgetposition 731001000024, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

9. Ratschlag Gründung des Wärmeverbunds Riehen Plus.

[03.06.09 10:56:09, FKom, WSU, 09.0545.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0545.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Patricia von Falkenstein, Referentin der Finanzkommission; Eduard Rutschmann (SVP); Thomas Strahm (LDP); Guido Vogel (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1 Gründung einer AG

Ziffer 2 Gewährung eines Darlehens

Ziffer 3 Nutzungskonzession an die Gemeinde Riehen

Ziffer 4 Vorbehalt Beschluss Gemeinde Riehen

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Die IWB werden ermächtigt, zusammen mit der Gemeinde Riehen eine Aktiengesellschaft zum Zwecke des Betriebs eines Wärmeverbunds zu gründen, im Rahmen der Gründung die Anlagen des bestehenden Wärmeverbunds "Wasserstelzen" in diese Aktiengesellschaft einzubringen und einen geeigneten Aktionärsbindungsvertrag mit der Gemeinde Riehen abzuschliessen.

2. Die IWB werden ermächtigt, der zu gründenden Aktiengesellschaft ein Darlehen im Umfang von maximal CHF 2'125'000 zu gewähren zur Finanzierung der technischen Zusammenführung der bestehenden Wärmeverbände "Wasserstelzen" und "Riehen" und zur gleichzeitigen Erweiterung des vereinigten Verbunds.

3. Der Gemeinde Riehen wird die Konzession zur Nutzung der Erdwärme auf Gemeindegebiet für die Dauer von 50 Jahren erteilt. Eine Konzessionsgebühr wird nicht erhoben. Die Gemeinde Riehen ist berechtigt, die Konzession auf mehrheitlich von der Gemeinde Riehen oder vom Kanton beherrschte Dritte zu übertragen.

4. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt des entsprechenden Beschlusses der Gemeinde Riehen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird mit Eintritt der Rechtskraft wirksam.

10. Ratschlag betreffend Rahmenkredit für die Erweiterung der Elektrizitätsversorgungsanlagen für die Jahre 2009 bis 2013.

[03.06.09 11:06:38, FKom, WSU, 09.0383.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0383.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Alexander Gröflin, Referent der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Erweiterung der Elektrizitätsversorgungsanlagen wird für die Jahre 2009 bis 2013 der erforderliche Rahmenkredit von CHF 20'000'000 zu Lasten des Investitionsbudgets der Industriellen Werke Basel (IWB), Bereich Elektrizität, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

11. Ratschlag Beschaffung von Ökostrom-Zertifikaten zur Sicherstellung einer 100% erneuerbaren Stromversorgung durch die Industriellen Werke Basel (IWB).

[03.06.09 11:09:13, UVEK, WSU, 08.2150.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.2150.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Andreas Ungricht (SVP); Aeneas Wanner (GLP); Christian Egeler (FDP); Jürg Stöcklin (GB); Christoph Wydler (EVP/DSP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP); Aeneas Wanner (GLP); Bruno Jagher (SVP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1 Kredit zur Beschaffung von Zertifikaten

Ziffer 2 Verschlechterung des Budgets 2009 um CHF 500'000

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Ziffer 2 entfällt, da die Mittel der Investitionsrechnung und nicht der Laufenden Rechnung belastet werden.

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Beschaffung von Zertifikaten zur Sicherstellung einer zu 100% auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung durch die IWB für die Jahre 2009, 2010 und 2011, wird ein Kredit von CHF 1'700'000 zu Lasten der Betriebsrechnung der IWB / Bereich Elektrizität bewilligt (2009: CHF 500'000, 2010: CHF 600'000, 2011: CHF 600'000).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

12. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Nr. 09.0046.01 Auf der Lyss Baumersatz, Aufwertung und Verbesserung der Verkehrssicherheit.

[03.06.09 11:41:59, UVEK, BVD, 09.0046.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.0046.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Aufwertung des Bereichs Auf der Lyss zwischen Leonhardsgraben und Holbeinplatz wird ein Kredit von CHF 612'000 (Preisbasis Schweizerischer Baupreisindex Nordwestschweiz April 2008) im Investitionsbereich 1 (Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur), Position 6170.100.2.0000, Bau- und Verkehrsdepartement, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

13. Ratschlag Friedhof am Hörnli - Erweiterung des Bestattungsangebotes. Neue Gemeinschaftsgrabanlage - Einbau neuer Urnennischen.

[03.06.09 11:50:00, UVEK, BVD, 09.0422.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0422.01 einzutreten und den beiden vorgelegten Beschlussesentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses I: Neue Gemeinschaftsgrabanlage

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Schaffung einer Gemeinschaftsgrabanlage in der Abteilung 9 des Friedhof am Hörnli wird ein Kredit von CHF 3'000'000 (Index April 2008, 118.3 Punkte, Basis Schweizerischer Baupreisindex Region Nordwestschweiz BINW 1998) zu Lasten der Rechnungen 2009 bis 2011, Position 6140.300.20503, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses II: Einbau neuer Urnennischen

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Einbau neuer Urnennischen in der Abteilung 12 des Friedhof am Hörnli wird ein Kredit von CHF 420'000 (Index April 2008, 118.3 Punkte, Basis Schweizerischer Baupreisindex Region Nordwestschweiz BINW 1998) zu Lasten der Rechnungen 2009 und 2010, Position 6140.300.20504, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

14. Ausgabenbericht Primarschule Schoren, Erweiterung.

[03.06.09 11:52:23, BKK, BVD, 09.0475.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 09.0475.01 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von CHF 1'453'000 zu bewilligen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Erweiterung der Primarschule Schoren wird ein Kredit in der Höhe von CHF 1'453'000 (Index Oktober 2008, 120.0 Punkte, Basis Schweizerischer Baupreisindex Region Nordwestschweiz BINW 1998) zu Lasten der Rechnungen 2009 bis 2010, Investitionsbereich Bildung, Teil Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Pos. 4201.484.26000, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

15. Ratschlag Investitionsbeiträge für Tagesheimplätze.

[03.06.09 11:55:30, BKK, ED, 09.0503.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0503.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Alexander Gröflin (SVP); Doris Gysin (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

für Investitionsbeiträge zur Schaffung von Tagesheimplätzen einen Kredit für die Jahre 2009 bis 2013 in der Höhe von CHF 3'750'000 zu Lasten der Investitionsrechnung Investitionsbereich Übrige. Die Jahresraten betragen CHF 750'000.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 12. Sitzung

12:03 Uhr

Beginn der 13. Sitzung

Mittwoch, 3. Juni 2009, 15:00 Uhr

Mitteilungen

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Das Ratsbüro hat die **Spezialkommission zur Überprüfung der Regeln für die Bestellung von Kommissionen** auf Vorschlag der Fraktionen wie folgt bestellt:

Tanja Soland (SP, Präsidentin), Andrea Bollinger (SP), Sebastian Frehner (SVP), Brigitta Gerber (GB), Daniel Goepfert (SP), Oswald Inglin (CVP), Philippe Macherel (SP), Lorenz Nägelin (SVP), Jürg Stöcklin (GB), Daniel Stolz (FDP), Dieter Werthemann (GLP), Christine Wirz - von Planta (LDP) und Christoph Wydler (EVP/DSP).

16. Neue Interpellationen.

[03.06.09 15:04:36]

Interpellation Nr. 32 Brigitte Hollinger betreffend DRG - Diagnosis Related Groups. Diagnosebezogene Fallpauschale

[03.06.09 15:04:36, GD, 09.5129.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 33 Lorenz Nägelin betreffend flächendeckende Verteilung der Migrationszeitung "MIX" im Kanton Basel-Stadt

[03.06.09 15:05:11, PD, 09.5137.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 34 Christine Wirz-von Planta betreffend "Parkplatzbewirtschaftung mit Baggerschaufeln?"

[03.06.09 15:05:25, BVD, 09.5139.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 35 Beat Jans betreffend drohender Schliessung des Quartiertreffpunktes Hirzbrunnen

[03.06.09 15:05:37, PD, 09.5143.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 36 Sibylle Benz Hübner betreffend die departementale Zuordnung des Frauenrats

[03.06.09 15:05:49, PD, 09.5145.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 37 Jürg Meyer betreffend beruflicher und sozialer Eingliederung trotz massiv verschlechterter Arbeitsmarktlage

[03.06.09 15:06:04, WSU, 09.5146.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 38 Andreas Ungricht betreffend "Erschleichen von Ausweisen auch in Basel-Stadt?"

[03.06.09 15:06:19, JSD, 09.5148.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Andreas Ungricht (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5148 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 39 Beatrice Alder betreffend Einführung von Massnahmen, gegen deren Ziel eine sehr erfolgreiche Unterschriftensammlung lief, die mittlerweile als Initiative "Ja zum Dialekt" eingereicht worden ist

[03.06.09 15:08:43, ED, 09.5151.01, NIM]

Interpellation Nr. 44 André Weissen betreffend Dialekt im Kindergarten

[03.06.09 15:08:43, ED, 09.5156.01, NIM]

Diese beiden Interpellationen werden gemeinsam vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Beatrice Alder Finzen (GB)*

Interpellantin Beatrice Alder erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 09.5151 ist **erledigt**.

Voten: *André Weissen (CVP)*

Interpellant André Weissen erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 09.5156 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 40 Samuel Wyss betreffend Schiessereien und Messerstechereien auf offener Strasse durch Personen mit Migrationshintergrund in Basel

[03.06.09 15:19:30, JSD, 09.5152.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 41 Thomas Grossenbacher betreffend Ausnahmegewilligung für SCOPE auf dem Landhof

[03.06.09 15:19:48, BVD, 09.5153.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB)*

Interpellation Nr. 42 Salome Hofer betreffend Liegenschaften am Hirtenweg in Riehen

[03.06.09 15:22:21, FD, 09.5154.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 43 Tanja Soland betreffend Rechtsextremismus in Basel-Stadt

[03.06.09 15:22:32, ED, 09.5155.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

17. Bericht der Petitionskommission zur Petition P242 "Für ein sauberes Wiesenufer".

[03.06.09 15:22:49, PetKo, 07.5209.04, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P242 "Für ein sauberes Wiesenufer" (07.5209) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

von Gesetzes wegen auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P242 "Für ein sauberes Wiesenufer" (07.5209) ist **erledigt**.

18. Bericht der Petitionskommission zur Petition P255 "Gleiche Öffnungszeiten für alle Gartenbäder in Basel-Stadt".

[03.06.09 15:25:33, PetKo, 08.5247.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P255 "Gleiche Öffnungszeiten für alle Gartenbäder in Basel-Stadt" (08.5247) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

von Gesetzes wegen auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P255 "Gleiche Öffnungszeiten für alle Gartenbäder in Basel-Stadt" (08.5247) ist **erledigt**.

19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P258 "Öffnung des Nordtangenten-Halbanschlusses "Klybeck" für den Normalverkehr".

[03.06.09 15:26:58, PetKo, 08.5343.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P258 "Öffnung des Nordtangenten-Halbanschlusses "Klybeck" für den Normalverkehr" (08.5343) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

Roland Vögli (FDP): beantragt Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Urs Müller-Walz (GB); Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

Zwischenfrage

Voten: *Roland Vögli (FDP); Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

von Gesetzes wegen auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 46 gegen 24 Stimmen, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P258 "Öffnung des Nordtangenten-Halbanschlusses "Klybeck" für den Normalverkehr" (08.5343) ist **erledigt**.

20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P259 "Bebbi Sagg und Abfallentsorgung neu überdenken".

[03.06.09 15:47:53, PetKo, 09.5041.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P259 "Bebbi Sagg und Abfallentsorgung neu überdenken" (09.5041) bezüglich Ziff. 4.1 und 4.2 als erledigt zu erklären und bezüglich Ziff. 4.3 und 4.4 dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

von Gesetzes wegen auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P259 "Bebbi Sagg und Abfallentsorgung neu überdenken" (09.5041) bezüglich Ziff. 4.1 und 4.2 als erledigt zu erklären und bezüglich Ziff. 4.3 und 4.4 dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu **überweisen**.

Die Petition P259 "Bebbi Sagg und Abfallentsorgung neu überdenken" (09.5041) ist **erledigt**.

21. Bericht der Petitionskommission zur Petition P262 "Auswirkungen des Krieges in Sri Lanka auf die Situation der in der Schweiz lebenden Tamilinnen und TAMILen".

[03.06.09 15:53:08, PetKo, 09.5071.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P262 "Auswirkungen des Krieges in Sri Lanka auf die Situation der in der Schweiz lebenden Tamilinnen und TAMILen" (09.5071) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission; Jürg Meyer (SP); Andreas Burckhardt (LDP); Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

von Gesetzes wegen auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P262 "Auswirkungen des Krieges in Sri Lanka auf die Situation der in der Schweiz lebenden Tamilinnen und TAMILen" (09.5071) ist **erledigt**.

22. Motionen 1 - 5.

[03.06.09 16:00:32]

1. Motion Andreas Burckhardt und Konsorten zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb (entsprechend der Unternehmenssteuerreform II).

[03.06.09 16:00:32, FD, 09.5109.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5109 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Elisabeth Ackermann (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Zwischenfrage

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Elisabeth Ackermann (GB)*

Voten: *Lukas Engelberger (CVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Beat Jans (SP), Lukas Engelberger (CVP)*

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Beat Jans (SP); Helmut Hersberger (FDP); Conradin Cramer (LDP); Andreas Burckhardt (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 48 gegen 39 Stimmen, die Motion 09.5109 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Berücksichtigung von energetischen Sanierungen bei der Beurteilung von Bauten und Anlagen.

[03.06.09 16:27:06, BVD, 09.5110.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5110 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Roland Lindner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen, die Motion 09.5110 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Sebastian Frehner und Konsorten betreffend Änderung ausländerfeindliches Verfahren bei Quellenbesteuerung.

[03.06.09 16:30:25, FD, 09.5111.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5111 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 09.5111 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

4. Motion David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Umstellung der Energieproduktion und des Energieverbrauchs im Kanton auf erneuerbare Energie und Realisierung der 2000 Watt Gesellschaft.

[03.06.09 16:30:48, WSU, 09.5113.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5113 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Jörg Vitelli (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Aeneas Wanner (GLP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Beat Jans (SP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 47 gegen 23 Stimmen, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 09.5113 ist **erledigt**.

5. Motion Dieter Werthemann und Konsorten betreffend Förderung des Wirtschaftsraumes Basel als Kompetenzzentrum für nachhaltiges Bauen und energetisches Sanieren.

[03.06.09 16:46:28, WSU, 09.5114.01, NMO]

Der Regierungsrat ist **nicht bereit**, die Motion 09.5114 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Patrizia Bernasconi (GB); Martin Lüchinger (SP); André Weissen (CVP); Helmut Hersberger (FDP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Dieter Werthemann (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 09.5114 ist **erledigt**.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Ich begrüsse auf der Tribüne des Rathauses das Büro des Landrates des Kantons Basel-Landschaft mit Landratspräsident Peter Holinger an der Spitze. Das Ratsbüro hat heute Abend eine gemeinsame Sitzung mit dem Landratsbüro *[Applaus]*.

23. Anzüge 1 - 8.

[03.06.09 17:04:25]

1. Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Mobilitätsmanagement.

[03.06.09 17:04:25, WSU, 09.5103.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5103 entgegenzunehmen.

Bruno Jagher (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Dominique König-Lüdin (SP); Stephan Luethi (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen, den Anzug 09.5103 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften.

[03.06.09 17:09:13, FD, 09.5105.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5105 entgegenzunehmen.

Roland Lindner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); Jürg Stöcklin (GB); Mirjam Ballmer (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen, den Anzug 09.5105 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

3. Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten zur Finanzierung energetischer Sanierungen von staatlichen Liegenschaften.

[03.06.09 17:18:53, FD, 09.5106.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5106 entgegenzunehmen.

Baschi Dürr (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP); Jürg Meyer (SP); Helmut Hersberger (FDP); Patrizia Bernasconi (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 44 gegen 26 Stimmen, den Anzug 09.5106 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Attestlehre für Fahrradmechaniker/in und Motorradmechaniker/in.

[03.06.09 17:34:24, ED, 09.5107.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5107 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 09.5107 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

5. Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Verbreiterung der Passerelle des Bahnhofs SBB zwecks Behebung der Kapazitätsengpässe.

[03.06.09 17:34:44, BVD, 09.5108.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5108 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 09.5108 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Abstellplätze und öffentliche Strom-Tankstellen für Elektro-Zweiräder.

[03.06.09 17:35:07, WSU, 09.5115.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5115 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 43 gegen 13 Stimmen, den Anzug 09.5115 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Anzug Heiner Vischer und Konsorten zum gebührenfreien und unbefristeten Parkieren von Elektromobilen auf Allmendparkplätzen.

[03.06.09 17:40:01, JSD, 09.5116.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5116 entgegenzunehmen.

Samuel Wyss (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Brigitte Hollinger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP)*; *Brigitte Hollinger (SP)*

Voten: *Loretta Müller (GB)*; *Christian Egeler (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 31 gegen 25 Stimmen, den Anzug 09.5116 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Tempo 30 in der Solothurnerstrasse und Velo-Gegenverkehr ab Dornacherstrasse.

[03.06.09 17:48:01, BVD, 09.5117.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5117 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug 09.5117 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

24. Beantwortung der Interpellation Nr. 26 Sibylle Benz Hübner betreffend Erhalt der Poststellen im Gebiet des Kantons Basel-Stadt.

[03.06.09 17:48:27, WSU, 09.5123.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin ist abwesend.

Die Interpellation 09.5123 ist **erledigt**.

25. Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Urs Müller-Walz betreffend Basel-Stadt hat die höchsten Krankenkassenprämien in der Schweiz und subventioniert damit erst noch andere Kantone!

[03.06.09 17:48:49, WSU, 09.5127.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 09.5127 ist **erledigt**.

26. Beantwortung der Interpellation Nr. 31 Heidi Mück betreffend zweiter SBB-Rheinbrücke und Einfluss auf Rangierarbeiten im Klybeck.

[03.06.09 17:53:32, WSU, 09.5128.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Heidi Mück (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 09.5128 ist **erledigt**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Lukas Engelberger betreffend Honorare für Willensvollstrecker und Notariatstarif (09.5138.01).
- Schriftliche Anfrage Mirjam Ballmer betreffend Gewaltprävention an Schulen (09.5147.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Mitteilungen

Für die Ausserordentliche Sitzung vom 13. Juni 2009 können keine Vorstösse, gleich welcher Art, eingereicht werden.

Tagesordnung

die folgenden traktandierten und nicht mehr behandelten Geschäfte werden auf die Tagesordnung vom 24./25. Juni 2009 vorgetragen:

27. Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Eigentümerstrategie für Kraftwerksbeteiligung; Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Diversifikation der Basler Strombeschaffung Richtung Windenergie sowie Christine Wirz-von Planta und Konsorten betreffend Optimierung der Energiegewinnung durch den Kanton Basel-Stadt. (WSU, 05.8310.03)
28. Beantwortung der Interpellation Nr. 25 Jürg Meyer für ein behindertengerechtes, rollstuhlfreundliches Basel. (BVD, 09.5122.02)
29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen zur Zollfreien Strasse. (BVD, 07.5009.02)
30. Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Beat Jans und Konsorten für ein progressives System der emissions- und verbrauchabhängigen Motorfahrzeugsteuer sowie zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend ökologische Motorfahrzeugsteuern. (JSD, 06.5385.03)
31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention. (JSD, 07.5084.02)
32. Beantwortung der Interpellation Nr. 24 André Weissen betreffend 100 neue Stellen für behinderte Menschen ! (PD, 09.5121.02)
33. Beantwortung der Interpellation Nr. 28 Ursula Metzger Junco P. betreffend der Zukunft des Gleichstellungsbüros aufgrund der Zusammenlegung aller drei Gleichstellungs-Fachstellen in eine Abteilung. (PD, 09.5125.02)
34. Beantwortung der Interpellation Nr. 29 Ruth Widmer betreffend Sicherheitsaspekte durch bauliche Mängel an dem OS-SH Brunnmatt. (ED, 09.5126.02)
35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend finanzielle Unterstützung der Jugendsportvereine. (ED, 07.5076.02)

Schluss der 13. Sitzung

17:56 Uhr

Basel, 3. Juni 2009

Patrick Hafner
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JSD	09.0607.01
2.	Bericht des Regierungsrates betreffend Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte vom 17. Mai 2009 (Amtsperiode 2010 bis 2015); Stille Wahl.	Ratsbüro		08.2087.01
3.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 08.2098.01 betreffend Projektierungskredit für einen Neubau eines gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation auf dem Areal Bruderholz. <i>Partnerschaftliches Geschäft.</i>	GSK	GD	08.2098.02
4.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Nr. 09.0046.01 auf der Lyss. Baumersatz, Aufwertung und Verbesserung der Verkehrssicherheit.	UVEK	BVD	09.0046.02
5.	Bericht und Antrag des Ratsbüros zur Einsetzung einer Spezialkommission zur Optimierung der Verfahren für die Wahlen durch den Grossen Rat sowie zum Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten.	Ratsbüro		09.5032.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend finanzielle Unterstützung der Jugendsportvereine.		ED	07.5076.02
7.	Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Beat Jans und Konsorten für ein progressives System der emissions- und verbrauchabhängigen Motorfahrzeugsteuer sowie zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend ökologische Motorfahrzeugsteuern.		JSD	06.5385.03 07.5158.02
8.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention.		JSD	07.5084.02
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen zur Zollfreien Strasse.		BVD	07.5009.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Eigentümerstrategie für Kraftwerksbeteiligung; Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Diversifikation der Basler Strombeschaffung Richtung Windenergie sowie Christine Wirz-von Planta und Konsorten betreffend Optimierung der Energiegewinnung durch den Kanton Basel-Stadt.		WSU	05.8310.03 05.8316.03 07.5043.02
11.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P242 "Für ein sauberes Wiesenufer".	PetKo		07.5209.04
12.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P255 "Gleiche Öffnungszeiten für alle Gartenbäder in Basel-Stadt*.".	PetKo		08.5247.02
13.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P258 "Öffnung des Nordtangenten-Halbanschlusses "Klybeck" für den Normalverkehr".	PetKo		08.5343.02
14.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P259 "Bebbi Sagg und Abfallentsorgung neu überdenken".	PetKo		09.5041.02
15.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P262 "Auswirkungen des Krieges in Sri Lanka auf die Situation der in der Schweiz lebenden Tamilinnen und Tamilen".	PetKo		09.5071.02
Überweisung an Kommissionen				
16.	Rücktritt von Jonas Weber als Ersatzrichter am Strafgericht Basel-Stadt per 31. Dezember 2009.	WVKo		09.5118.01
17.	Rücktritt von Alex von Sinner als Ersatzrichter am Strafgericht Basel-Stadt per 31. Dezember 2009.	WVKo		09.5120.01
18.	Rücktritt von Marc Oser als Ersatzrichter am Strafgericht Basel-Stadt per 31. Dezember 2009.	WVKo		09.5135.01

19.	Rücktritt von Elisa Streuli als Ersatzrichterin am Strafgericht Basel-Stadt per 31. Dezember 2009	WVKo		09.5142.01
20.	Ausgabenbericht Betriebskostenbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder für das Frauenhaus Basel für das Betriebsjahr 2009.	JSSK	JSD	09.0627.01
21.	Ratschlag Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.	JSSK	JSD	09.0693.01
22.	Ausgabenbericht Zutrittschutz nicht öffentliche Zonen im Universitätsspital Basel.	BRK	GD	09.0556.01
23.	Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG). Anpassungen des kantonalen Rechts an das Bundesrecht. Amtshilfe an Behörden anderer Kantone, Vorverlegung des allgemeinen Fälligkeitstermins beim Steuerabzug.	WAK	FD	09.0594.01
24.	Ratschlag betreffend Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft AG (BPG) für die Periode 2010 bis 2014 sowie Kredit für die Ausrichtung von Beiträgen an die BPG zur Deckung von Finanzierungslücken in der Pensionskasse der BPG.	WAK/ Mitbericht FKom	WSU	09.0719.01
25.	Ratschlag Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2010 - 2013 für die Universität Basel. <i>Partnerschaftliches Geschäft.</i>	BKK	ED	09.0191.01
26.	Ausgabenbericht staatliche Beiträge an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2009 - 2011.	BKK	PD	09.0686.01
27.	Petition P265 zur Verhinderung der Zerstörung einer historischen Häusergruppe im Herzen des Matthäusquartiers.	PetKo		09.5132.01
28.	Ratschlag Parkraumbewirtschaftung Stadt Basel (Rahmenkredit) und Bericht zum Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend bessere Parkmöglichkeiten in den Quartieren mit Hilfe überschreitender Parkerlaubnis in der blauen Zone.	UVEK Mitbericht FKom	JSD	09.0655.01 06.5346.03

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

29.	Anzüge:			
	a) Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Fraktionswechsel zwischen Wahltag und konstituierender Sitzung des Grossen Rates			09.5130.01
	b) UVEK betreffend der Fussgänger- und Velo-Querung über den Holbeinplatz			09.5133.01
	c) Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Senkung der CO2-Emissionen beim Individualverkehr durch staatliche Anreizsetzung			09.5134.01
30.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Volksinitiative "für ein griffiges Finanzreferendum" (Finanzreferendums-Initiative).		JSD	09.0295.01
31.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Volksinitiative "zur Überprüfung der öffentlichen Aufgaben des Kantons Basel-Stadt" (GAP-Initiative).		JSD	09.0296.01
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Planungsantrag Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 1.5 "Umwelt und Energie" des Politikplans 2006 - 2009 sowie zum Antrag Kathrin Giovannone-Hofmann betreffend Mobilfunkantennen auf öffentlichen Gebäuden.		WSU	05.8423.03 01.6770.05

Kenntnisnahme

33.	Zwischenbericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 05.0063.01 betreffend Zentrale Informatik-Dienststelle (ZID), Ersatz Informatik-Rechenzentrum; Neubau Steinengraben 51).	BRK	BVD	05.0063.03
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Überdeckung der Elsässerbahn vorantreiben (stehen lassen).		BVD	07.5146.02

- | | | | |
|-----|--|-----|--------------------------|
| 35. | Zwischenbericht des Regierungsrates zu den Anzügen Hansjörg W. Wirz und Konsorten betreffend einem gemeinsamen Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Zusammenlegung der beiden kantonalen Ämter für Umwelt und Energie (stehen lassen). | WSU | 99.6071.06
05.8291.03 |
| 36. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Verlustscheinbewirtschaftung (stehen lassen). | FD | 05.8151.03 |
| 37. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Erneuerung der Hörnliallee in Riehen (stehen lassen). | BVD | 07.5121.02 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Martina Saner bezüglich der zu Verfügung stehenden Instrumente bei der Umsetzung der 5. IV-Revision. | WSU | 09.5042.02 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Anzüge

a) Anzug betreffend Fraktionswechsel zwischen Wahltag und konstituierender Sitzung des Grossen Rates

09.5130.01

Wie zu Beginn dieser Legislatur vorgekommen, gestaltet sich ein Fraktionswechsel zwischen den Grossratswahlen und der konstituierenden Sitzung als schwierig und führt zu Unstimmigkeiten. Diese Taktik kann dazu benutzt werden, um die Sitzzahl in den Kommissionen möglichst kurzfristig zu ändern.

Ein Fraktionswechsel zwischen Wahltag und konstituierender Sitzung des Grossen Rates kann auch dazu führen, dass sich der Wählerwille in den Kommissionen für die nächsten vier Jahre nicht widerspiegelt.

Aus diesen Gründen bitten die Anzugsteller das Büro des Grossen Rates zu prüfen und zu berichten, ob es nicht sinnvoll wäre, das Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates dahingehend zu ändern, dass in den wenigen Wochen zwischen den Grossratswahlen und der konstituierenden Sitzung, resp. dem Abgabetermin zur Bekanntgabe einer Fraktionsbildung, eine Änderung der Fraktionszugehörigkeit, die Anzahl der nach dem Proporz zustehenden Kommissionssitze nicht verändern kann.

Lorenz Nägelin, Christophe Haller, André Weissen, Dieter Werthemann, Christine Wirz-von Planta, Christoph Wydler

b) Anzug betreffend der Fussgänger- und Velo-Querung über den Holbeinplatz

09.5133.01

Die UVEK hat im Rahmen der Beratung des Ausgabenberichts Nr. 09.0046.01 "Auf der Lyss" festgestellt, dass für die Fussgänger keine oberirdische Querung des Holbeinplatzes besteht. Da der Holbeinplatz ausserhalb des Perimeters der Vorlage liegt hat die UVEK beschlossen, das Anliegen mittels eines Anzugs der Regierung zu unterbreiten.

Die mit dem Bau des Cityrings anfangs der Siebziger Jahre gebauten Fussgängerunterführungen entsprachen dem damaligen Zeitgeist der vertikalen Entflechtung der Verkehrsträger. Bei FussgängerInnen sind diese Unterführungen unbeliebt. Frauen und Kinder empfinden diese Wege unter dem Boden als gefährlich, besonders nachts und in den Randzeiten. Zudem sind diese Unterführungen zu Unorten verkommen. Bei der Leonhardsstrasse hat der Grosse Rat kürzlich den Bau eines Fussgängerstreifens mit Lichtsignalanlage bewilligt. Die Querung des Holbeinplatzes ist einer der letzten Orte am Cityring wo die Zufussgehenden eine Unterführung benützen müssen. Die Schaffung einer oberirdischen Querung entspricht überdies dem Grossratsbeschluss zur Förderung des Zufussgehens vom 19.02.2003. Eine Finanzierung wäre auch über diesen Rahmenkredit möglich.

Mit dem frei werden der Unterführung ergäbe sich die Möglichkeit, für den Veloverkehr eine schnelle Verbindung von der Innenstadt in die Leimenstrasse und so ins Bachletten- und Neubadquartier zu schaffen, denn für die Velofahrenden ist die Wartezeit an der Ampel sehr lang.

Die UVEK bittet deshalb die Regierung,

- eine oberirdische Querung des Holbeinplatzes für Fussgänger von Auf der Lyss Richtung Leimenstrasse zu schaffen
- zu prüfen, ob die Fussgängerunterführung für die Velofahrenden freigegeben werden kann.

Für die UVEK: Michael Wüthrich

c) Anzug zur Senkung der CO2 - Emissionen beim Individualverkehr durch staatliche Anreizsetzung

09.5134.01

Vor ein paar Wochen hat Mitsubishi sein neues elektrisches Auto iMiEV vorgestellt. Die Lancierung soll in Europa im Jahre 2010 beginnen, die Reichweite soll 144 km betragen, was besonders für den städtischen und Agglomerationsverkehr ausreichen sollte, da Herr und Frau Schweizer im Durchschnitt ihr Auto nicht mehr als 30 bis 40 Kilometer am Tag bewegen. Durch die elektrische Aufladung des Autos "verbraucht" es umgerechnet in Benzinäquivalenz nur zwischen einem und max. zwei Liter auf 100 Kilometer. Dies ist im Vergleich zu konventionellen

Fahrzeugen ein beträchtlicher Fortschritt und reduziert nicht nur die Umweltverschmutzung signifikant, sondern auch die Lärmemissionen, was gerade in Wohnquartieren von grossem Nutzen sein dürfte. Aus Sicht der Anzugsunterzeichnenden ist es im Interesse des Kantons, solche umweltschonenden Modelle zu unterstützen. Die Luftqualität könnte verbessert werden und eine Erhöhung der Lebensqualität wäre durch die tieferen Lärmemissionen die Folge. Zudem haben wir in Basel mit der IWB, die ökologischen Strom anbietet, eine Vorteilssituation, die es auszunutzen gilt.

Damit einhergehend muss ein umweltfreundlicher Individualverkehr auch auf der Nachfrageseite gefördert werden. Eine denkbare Lösung zu diesem Zweck ist die Gewährung einer ökologischen Umtauschprämie, die beim Kauf eines elektrischen Autos (statt eines benzingetriebenen Autos) ausgeschüttet wird. Ebenfalls könnten die Motorfahrzeugsteuern gesenkt werden oder Anwohnerparkkarten zu reduzierten Preisen angeboten werden (siehe dazu auch den Anzug Vischer Nr. 09.5116.01). Nicht zuletzt könnte eine Einführung einer Umtauschprämie eine Signalwirkung auf andere Kantone haben und zu erwünschten Nachahmungen führen.

Im Weiteren geht es auch darum, Personen zu belohnen, die vom Individual- auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Denkbar wären hier Angebote wie reduzierte U-Abos und SBB Halbtax-Abonnemente. Die Anzugssteller bitten die Regierung zu prüfen und berichten,

- ob eine ökologische Umtauschprämie eingeführt werden kann, wenn Personen von einem benzingetriebenen auf ein elektrisches Fahrzeug umsteigen,
- ob andere Anreize geschaffen werden könnten, die den Umtausch ergänzend begünstigen,
- welche Anreize gesetzt werden könnten, um den dauerhaften Umstieg vom Individual- auf den öffentlichen Verkehr zu begünstigen.

Emmanuel Ullmann, David Wüest-Rudin, Mirjam Ballmer, Heiner Vischer, Christian Egeler

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 32 betreffend DRG - Diagnosis Related Groups. Diagnosebezogene Fallpauschale

09.5129.01

Per 2012 ist national die Einführung einer neuen Spitalfinanzierung vorgesehen. Neu werden die stationären Leistungen leistungsbezogen finanziert. In der Regel werden Pauschalen vereinbart. Die Pauschalen orientieren sich an der medizinischen Diagnose und beruhen auf gesamtschweizerisch einheitlichen Strukturen (DRG: Diagnosis Related Groups). Dies hat Auswirkungen auf die kantonale, resp. regionale Spitallandschaft und Gesundheitsversorgung.

Verschiedene Kantone haben DRG bereits eingeführt und erste Erfahrungen gesammelt. Dabei kam es zu konfliktreichen Situationen (Kanton Zug) und auch die Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass durch die DRG-Finanzierung ein enormer Preisdruck auf die Institutionen der Gesundheitsversorgung zukommt. Die DRG werden als Sparinstrument eingesetzt. Dadurch erhöht sich der wirtschaftliche Druck, die PatientInnen vor seriösem Abschluss der Akutbehandlung aus dem Spital zu entlassen. Dieser Umstand wird mit dem Begriff ‚bloody exit‘ (blutiger Austritt) umschrieben und meint den verfrühten Spitalaustritt mit möglichen Folge-Komplikationen. Es drohen Unter- und Mangelversorgung. Darüber zeigt sich auch die Nationale Ethikkommission im Bereich Humanmedizin in ihrer Stellungnahme Nr. 15 vom 25. August 2008 beunruhigt.
(<http://www.bag.admin.ch/nek-cne/04229/04232/index.html?lang=de>)

Zu diesem Sachverhalt habe ich folgende Fragen:

1. Wie garantiert der Regierungsrat den verfassungsmässigen Auftrag der flächendeckenden, für alle zugänglichen Gesundheitsversorgung?
Wie wird verhindert, dass sich die Spitäler auf ‚lukrative‘ Patientengruppen konzentrieren und dabei ‚unlukrative‘ wie chronisch Kranke oder multimorbide PatientInnen benachteiligt werden?
2. Wie will der Regierungsrat verhindern, dass es zu sogenannten ‚bloody exits‘ kommt und damit die Versorgungsqualität der Bevölkerung in Gefahr gerät?
3. Was macht der Regierungsrat, um bei verkürzten Spitalaufenthalten eine qualitativ gute Nachbehandlung (z.B. Reha-Abteilungen, Spitex) zu sichern?
4. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um Benchmark-Verzerrungen bei der Umstellung auf schweizweit

einheitliche DRG zu vermeiden?

Konkret: Wie wird die Ermittlung der Benchmarks gestaltet, damit nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden dh. ein Regionalspital mit einem Kantonsspital oder mit einer Uniklinik?

5. Wie nimmt der Regierungsrat Einfluss auf die Preisgestaltung?
6. Wie wird verhindert, dass dem Kostendruck nachgegeben wird indem die Arbeitslast pro Arbeitsplatz gesteigert wird und als Folge davon die Pflegequalität leidet?
Und: wie wird die Orts- und Branchenüblichkeit der Löhne im DRG-System berücksichtigt?
7. Die Nationale Ethikkommission empfiehlt über das DRG-System eine offene Debatte über die positiven aber auch über die nachteiligen Effekte zu führen. Wie gedenkt der Regierungsrat auf diese Empfehlung zu reagieren?
8. Im Weiteren empfiehlt die Nationale Ethikkommission eine Begleitforschung einzurichten und dies noch vor Einführung des Systems.
Wie stellt sich der Regierungsrat zu dieser Empfehlung? Ist er bereit, im Kanton eine solche Begleitforschung einzurichten?

Brigitte Hollinger

b) Interpellation Nr. 33 betreffend flächendeckende Verteilung der Migrationszeitung "Mix" im Kanton Basel-Stadt

09.5137.01

Gerne wird die Migrationszeitung „MIX“ als offizielle Zeitschrift der Fachstellen Integration der Kantone AG, BE, BL, BS, SO und ZH angepriesen. Im Gegensatz zu den anderen Kantonen ist in Basel-Stadt dieses Blatt bereits noch vor dem Druck zum ungelesenen Altpapier bestimmt.

Der Grund liegt darin, dass es flächendeckend in alle Haushalte verteilt wird. Sogar Briefkästen mit der Aufschrift: "Bitte keine Gratiszeitungen", "Keine unadressierte Post" oder "Stopp-Kleber" werden nicht davor verschont. Diese Kleber der Stiftung für Konsumentenschutz werden von allen Herausgebern von Gratiszeitungen akzeptiert, jedoch nicht so von der Herausgeberin, der "Integration Basel", resp. der Regierung Basel-Stadt. Die Regierungen der andern Kantone sehen wohlweislich davon ab, sämtliche Briefkästen unnötig zu füllen.

Antworten der anderen Kantone:

- BL: Im Kanton BL wird die MIX ganz gezielt über verschiedene Kanäle, aber nicht flächendeckend verteilt. Somit stellt sich die Frage mit den Stopp-Klebern nicht.
- AG: Die Migrationszeitung wird im Kanton AG nicht pauschal in die Haushalte verteilt, sondern gezielt an bestimmte Empfänger, somit stellt sich diese Frage nicht.
- BE: Verteilung erfolgt über Kontaktadressen. Die Frage mit dem Stopp-Kleber stellt sich überhaupt nicht.
- ZH: Die „MIX“ wird an Abonnenten und die Verwaltung geschickt und an Personen, welche mit dem Thema verbunden sind. Die Zeitung wird nicht an alle Haushalte versandt und somit sind die Stopp-Kleber nicht tangiert.
- SO: Keine flächendeckende Verteilung, Finanzen würden für dies nicht ausreichen.

Zitat einer beteiligten kantonalen Integrationsfachstelle: "Es handelt sich um eine Gratiszeitung. Sollte in allen Kantonen so (keine flächendeckende Verteilung) gehandhabt werden."

Nun drängen sich folgende Fragen auf:

1. Wie viel kostet die ganze Aktion den Kanton Basel-Stadt, resp. den Steuerzahler jährlich? (Redaktion, Druck, Verteilung, Entsorgung . . .)
2. Wie viele Zeitungen werden pro 1'000 Personen in den Kantonen BS, BL, AG, SO, BE, ZH verteilt, resp. gedruckt? Pro Kanton?
3. Wie viel Altpapier entsteht mit dieser flächendeckenden Verteilung im Kanton BS?
4. Hat sich der Regierungsrat auch mal überlegt, dass sich solche Aktionen einer ungezielten flächendeckenden Verteilung und somit Willensmissachtung des mündigen Bürgers kontraproduktiv auswirken können?
5. Weshalb wird eine Bevölkerungsgruppe bevorzugt und hat das Privileg auf Staatskosten eine Gratiszeitung herauszugeben?
6. Warum ist in diesem Gratisblatt keine allgemeine Werbung, sondern nur migrationsspezifische Werbung zu finden? Ist allgemeine Werbung, welche mithelfen würde es zu finanzieren, unerwünscht oder lässt sich Niemanden finden?
7. Wird für die migrationsspezifische Werbung von privaten Organisationen (z.B. Sprachkurse) ein marktüblicher Beitrag verlangt? Falls nein, warum nicht?
8. Warum tickt BS in diesem Bereich anders, obwohl regelmässig betont wird, dass in der Migration diese

Kantone gemeinsam vorgehen wollen? Warum leistet sich nur der Kanton Basel-Stadt diesen kontraproduktiven Luxus?

9. Ist die Regierung bereit, das Konzept neu zu überdenken, den anderen Kantonen anzupassen, den Willen vieler Kantoneinwohner zu akzeptieren und somit von einer Zwangsverteilung an alle Haushalte abzusehen?
10. Kann sich die Regierung vorstellen, die vom Steuerzahler berappte Gratiswerbepattform „MIX“ nur noch an Abonnenten und Personen abzugeben, welche mit dem Thema verbunden sind?

Lorenz Nägelin

c) Interpellation Nr. 34 betreffend „Parkplatzbewirtschaftung mit Baggerschaukeln?“

09.5139.01

Im Hegenheimer-Quartier werden zur Zeit viele Quartierstrasse aufgerissen. Anscheinend stehen die Arbeiten in Zusammenhang mit der Verlegung von Glasfaserkabeln. Es fällt auf, dass - obwohl jeweils nur kleine Löcher gegraben werden - gleich praktisch sämtliche Parkplätze an den betreffenden Strassen gesperrt werden. Um den Sperrungen Nachdruck zu verleihen, werden auf den (ansonsten freien) Flächen Baggerschaukeln, Bretter und anderes Material äusserst locker platziert. Auch an Tagen, an denen nicht gearbeitet wird, sei dies an Werk- oder Feiertagen, ärgern sich die Anwohnenden über die unnötigen Absperrungen von ansonsten freien Parkplätzen. Da nicht etappenweise vorgegangen wird, sondern mehrere kleine und grössere Quartierstrassen betroffen sind, herrscht zur Zeit in diesem Quartier echte Parkplatznot, was wiederum zu massivem Suchverkehr - vor allem in der Nacht - führt. Anwohner, die zur Selbsthilfe greifen, und die Bretter vor den sinnlos abgesperrten Parkplätzen verschieben, um ihr Fahrzeug abzustellen, werden unbarmherzig gebüsst.

Im Sinne einer Momentaufnahme sah die Situation allein im nachfolgenden kleinräumigen Geviert wie folgt aus: Hegenheimersrasse: ca. 40 Parkplätze gesperrt, Stöberstrasse: ca. 25 Parkplätze gesperrt, Colmarerstrasse: ca. 20 Parkplätze gesperrt.

Da auf weiteren Strassen in der näheren Umgebung bereits Markierungen angebracht sind, ist zu befürchten, dass sich die Situation bald noch verschärfen wird.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum können die Arbeiten nicht etappenweise ausgeführt werden, um den Anwohnenden zumindest einige Parkiermöglichkeiten zu erhalten?
2. Wenn schon in mehreren, nahe beieinander liegenden Strassen gearbeitet wird: Wieso kann das benötigte Material nicht auf einen Sammelplatz konzentriert werden, statt dutzende von Parkplätzen zu blockieren?
3. Wieso bleiben unzählige Parkplätze vor und nach den „Mini-Baustellen“ (sogar übers Wochenende) gesperrt, obwohl die Flächen augenscheinlich für die Arbeiten nicht benötigt werden?
4. Täuscht der Eindruck, dass nicht bauliche und arbeitstechnische Erfordernisse für das Handeln massgebend sind, sondern bewusst eine „Erziehung“ derjenigen Anwohnerschaft zum „Umsteigen“ angestrebt wird, die ein Auto besitzt?

Christine Wirz-von Planta

d) Interpellation Nr. 35 betreffend drohender Schliessung des Quartiertreffpunktes Hirzbrunnen

09.5143.01

Der Quartiertreffpunkt Hirzbrunnen steht vor der Schliessung. Er kann seinen Betrieb nicht mehr finanzieren, weil der Kanton ab Juli eine monatliche Miete von CHF 3'037.50 plus CHF 500 Heizungskosten = CHF 3'537.50 für die Benutzung des Gebäudes verlangt. Die Jahresmiete in Höhe von CHF 42'450 frisst die vom Kanton jährlich bezahlte Subvention von CHF 50'000 fast vollständig auf. Bevor das Gebäude an den Kanton gefallen ist, musste der Quartiertreffpunkt ausser den Heizkosten keine Miete bezahlen.

Der Quartiertreffpunkt Hirzbrunnen erhält im Vergleich mit anderen Quartiertreffpunkten vom Kanton nur eine halbe Subvention. Er hat es aber über Jahre geschafft, dank aufwändigem Fundraising und starker Unterstützung durch diverse Stiftungen in den Jahren 2006 bis 2009 ein Durchschnittsbudget von fast CHF 120'000 zu generieren. Die zusätzliche Belastung von CHF 36'450 Miete, exklusive Heizkosten, bringt den Quartiertreffpunkt nun an den Ruin. Mit so wenig Mitteln kann kein ordentlicher Betrieb mehr gewährleistet werden.

Der Quartiertreffpunkt Hirzbrunnen leistet seit Jahren eine vorbildliche Arbeit zur Stabilisierung der sozialen Verhältnisse in einer potentiell unruhigen Siedlung mit einem hohen Anteil Sozialempfangenden und Zugewanderten. Er hat Ende 2008 fristgerecht ein Gesuch um Erhöhung der Subvention eingereicht, hat bis heute aber keine Antwort erhalten. Wenn der Kanton nicht sofort reagiert, muss der Quartiertreffpunkt seinen Mitarbeitenden Ende Juni

kündigen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum braucht der Regierungsrat fast ein halbes Jahr um eine offensichtlich existentielle Anfrage eines Quartiertreffpunktes zu beantworten?
2. Warum belastet der Regierungsrat einen Quartiertreffpunkt mit einer Miete, obwohl der vorherige Eigentümer das nicht tat?
3. Wie viel Mieteinnahmen generiert der Kanton, wenn er mit seiner Politik der „marktüblichen Mieten“ einen Quartiertreffpunkt in den Ruin treibt und das Gebäude, welches zum Quartiertreffpunkt umfunktioniert wurde, nachher während Monaten und Jahren leer steht?
4. Was gedenkt die Regierung zu tun, um sicher zu stellen, dass der Quartiertreffpunkt auch in den nächsten Jahren mindestens im bisherigen Rahmen seine Aufgabe und seinen kantonalen Auftrag weiter erfüllen kann?
5. Wann erhält der Quartiertreffpunkt vom Regierungsrat Klarheit darüber, ob er seine Mitarbeitenden entlassen muss?

Beat Jans

e) Interpellation Nr. 36 betreffend die departementale Zuordnung des Frauenrats

09.5145.01

Der Frauenrat ist wie andere regierungsrätliche Kommissionen eine Institution mit wesentlichen Querschnittsaufgaben. Im Milizaufbau unseres schweizerischen politischen Systems ist eine solche durch freiwillig arbeitende, in verschiedenen Berufsfeldern tätige und gewählte Fachpersonen zusammengesetzte Kommission, eine wesentliche Unterstützung der in der Kantonsverwaltung mit den entsprechenden Aufgaben betrauten Stellen. Der Frauenrat wird gesetzlich begründet durch die Paragraphen 5 und 6 der Verordnung vom 11. Juni 1991 betreffend die Umsetzung von Art. 4. Abs. 2 aBV zur Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau. Eine solche Kommission ist daher nicht einem einzigen Departement zuzuordnen, da sie nicht für ein bestimmtes Politikfeld Aufgaben erbringt, sondern vielmehr gesamtgesellschaftlich Strömungen und Bedürfnisse analysieren und wahrnehmen muss. Der Frauenrat setzt sich für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ein. Damit ist gemeint, dass sowohl Frauen wie Männer unabhängig von ihrem Geschlecht die gleichen Chancen haben müssen, ihren persönlichen Lebensweg frei zu wählen und Zugang zum öffentlichen Leben zu erhalten. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, die in alle Politikbereiche eingebracht werden muss. Es ist daher wichtig, dass die Frauenrätinnen direkt mit den jeweiligen Fachzuständigen in allen Departementen kommunizieren können, was sie bisher auch ohne Probleme gemacht haben. Dies hat selbstverständlich bisher nicht ausgeschlossen, dass das Frauenratspräsidium regelmässigen Austausch in erster Linie mit dem Präsidialdepartement, welchem es administrativ unterstellt ist, pflegte.

Der Regierungsrat hat nun beschlossen, den Frauenrat von einer regierungsrätlichen zu einer präsidialdepartementalen Kommission umzustufen, was vor dem Hintergrund der Aufgaben dieser Kommission nicht nachvollziehbar ist. Es ist auch zu bedenken, dass andere Kommissionen mit Querschnittsaufgaben wie der Junge Rat und die Familienkommission weiterhin auf regierungsrätlicher Ebene geführt werden.

Mit der neuen Zuteilung wird das Prinzip des Gender-Mainstreamings (jede staatliche Aufgabe wird auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechter hin untersucht und gesteuert), dem sich der Kanton BS verpflichtet hat, untergraben. Mit der Unterstellung des Frauenrates unter ein Departement wird aber auch ein falsches Signal bezüglich der Bedeutung der Geschlechtergleichstellung gesetzt. Gerade auch gesellschaftlich hochaktuelle Themen wie Jugendgewalt, sexuelle Gewalt und Pornografie sind stark mit Geschlechterrollen verknüpft und müssen auch unter diesem Fokus bearbeitet werden.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat, mir auf folgende Fragen Antwort zu geben:

Ist es möglich, die neue Zuordnung des Frauenrats rückgängig zu machen und den Frauenrat wie bisher als regierungsrätliche Kommission zu führen?

Erachtet der Regierungsrat die neue Zuordnung für die Erfüllung der Aufgaben des Frauenrats als angemessen?

Wie begründet der Regierungsrat die Änderung der departementalen Zuordnung?

Ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Frauenrat seine Aufgabe in der neuen Konstellation effektiver wahrnehmen kann?

Sibylle Benz Hübner

f) Interpellation Nr. 37 betreffend beruflicher und sozialer Eingliederung trotz massiv verschlechterter Arbeitsmarktlage

09.5146.01

Seit jeher gab es zahlreiche Arbeitslose, deren Arbeitssuche trotz intensiver Anstrengungen über lange Zeit hinweg erfolglos blieb. Die Befunde der zuständigen sozialen Dienste über ihre Arbeitsfähigkeit entsprachen nicht ihren realen Chancen. Es handelte sich seit jeher zu einem grossen Teil um Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, in vorgerücktem Alter oder mit Erziehungspflichten. Vor allem alleinerziehende Eltern waren seit jeher der Realität ausgesetzt, dass die für sie verkraftbaren Teilzeitstellen nicht leicht zu finden sind. Bereits mit den konjunkturellen Einbrüchen nach 1974 und vor allem nach 1990 verschärften sich die damit verbundenen Nöte. Die fünfte Revision der Invalidenversicherung steigerte insgesamt trotz ihrer positiven Komponenten der Früherfassung den Graben zwischen den Befunden von Arbeitsfähigkeit und den realen Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Mit dem gegenwärtigen konjunkturellen Einbruch, dessen Ende nicht absehbar ist, eskaliert die Notsituation erneut. Der Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt wird bei rückläufigen Stellenangeboten und wachsenden Zahlen von Stellensuchenden noch härter. Wenn überall zuerst Temporärarbeiten und Aushilfestellen abgebaut werden, gehen damit vor allem Arbeitschancen für Menschen in besonderen, oft prekären Lebenslagen verloren. Überproportional sind davon Stellen für Teilzeitarbeitende betroffen, die lebenswichtig sind für Familien mit geringen Einkommen und zwingendem Bedarf nach Zusatzverdienst und für alleinerziehende Eltern.

Im Hinblick auf diese Situation stelle ich folgende Fragen:

1. Bestehen fortlaufende Analysen der Arbeitsmarktlage als Grundlage für Massnahmen der Arbeitsintegration, welche die gegenwärtigen konjunkturellen Veränderungen sofort erfassen und aktualisierte Entscheide ermöglichen?
2. Wie wird gewährleistet, dass dabei die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit beeinträchtigten Chancen auf dem Arbeitsmarkt erfasst werden?
3. Wie kann gewährleistet werden, dass auch Arbeitnehmende, die unter anderem als alleinerziehende Eltern auf Teilzeitarbeit angewiesen sind, trotz der Tücken des Arbeitsmarktes ihre Chancen bewahren können?
4. Ist es wirklich verantwortbar, in der Gegenwart des Kriseneinbruchs alleinerziehende Eltern bereits im Alter von drei Jahren des jüngsten Kindes statt wie bisher zu Beginn der Primarschule von der Sozialhilfe auf das Glatteis des Arbeitsmarktes zu schicken?
5. Sollte im Interesse der Aktivierung und Reintegration nicht in vermehrtem Masse angestrebt werden, dass nach der Geburt die früheren Arbeitsplätze mit Regelungen der Beurlaubung erhalten bleiben? Kann im übrigen während der kritischen Zeitperiode die Integration in vermehrtem Masse durch angepasste Angebote von Praktika und Weiterbildung gefördert werden?
6. Wie kann in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnerverbänden angestrebt werden, dass hinreichend angepasste Teilzeitstellen angeboten werden? Die Massnahmen zur Suche nach Lehrstellen zeigen, dass soziales Marketing in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern erfolgreich sein kann.
7. Wie können arbeitsmarktliche Massnahmen der Integration ausgestaltet werden, damit die Anstellungschancen spätestens für den heute noch unbekanntem Zeitpunkt des konjunkturellen Wiederaufschwungs erhalten bleiben und verbessert werden? Wie weit müssen Integrationsmassnahmen in Krisenzeiten auf längere Dauer ausgerichtet werden?
8. Können die Einstellungschancen für Menschen mit existentiellen Zwängen zu unregelmässiger oder teilzeitlicher Arbeit nicht auch durch verbesserte Angebote der Tagesbetreuung ausserhalb der regulären Arbeitszeiten gesteigert werden?

Jürg Meyer

g) Interpellation Nr. 38 betreffend "Erschleichen von Ausweisen auch in Basel-Stadt?"

09.5148.01

Mit Rundschreiben vom 02. März 2009 (im Internet auch unter www.einwohnerkontrolle.ch einsehbar) weist das kantonale Passbüro der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich die Einwohnerkontrollen der zürcherischen Gemeinden darauf hin, dass vermehrt bei Passausstellung darauf geachtet werden soll, ob das Foto des Antragstellers auch wirklich den Antragsstellenden zeigt.

Hintergrund dieser Weisung war ein Missbrauch vom Februar 2009. Im bekannten Fall, hat ein Schweizer innert knapp drei Jahren bereits drei Reisepässe als Verlust gemeldet. Ein Vergleich der vorgehenden Ausstellungen resp. den Fotoabgleichen mit dem Informationssystem Ausweise ISA ergab, dass es sich bei den auf den Bildern gezeigten Personen um jeweilig eine andere Person handelte. Die Person ist zwischenzeitlich geständig und gab nach langem Zaudern zu, dass keines der bei den Anträgen eingereichten Fotos ihn selber zeige. Er habe gegen Bezahlung

anderen Personen Schweizer Pässe und IDs beschafft.

Gemäss Mitteilung der Sicherheitsdirektion Zürich handelte es sich bei den Personen um „abgewiesene Asylbewerber“, welche die Schweiz hätten verlassen müssen. Diese Personen können sich mit den echten (unverfälschten) Pässen - wohl auf den Namen des Antragsstellers ausgestellt, aber mit dem eigenen Bild versehen, weltweit als Schweizer Bürger ausweisen und frei reisen.

Der Interpellant bittet daher den Regierungsrat, aufgrund dieses im Kanton Zürich aufgedeckten Missbrauchs zu berichten, ob

1. der Regierungsrat bzw. die hierfür zuständigen kantonalen Amtsstellen Kenntnis dieses Falles aus dem Kanton Zürich hatten?
2. ähnliche Vergehen in den vergangenen Jahren auch im Kanton Basel-Stadt aufgedeckt werden konnten?
3. Mit welchen Kontrollmechanismen die kantonalen Behörden in Basel-Stadt solche Vorfälle ausschliessen wollen resp. bereits heute anwenden?

Andreas Ungricht

h) Interpellation Nr. 39 betreffend Einführung von Massnahmen, gegen deren Ziel eine sehr erfolgreiche Unterschriftensammlung lief, die mittlerweile als Initiative "Ja zum Dialekt" eingereicht worden ist

09.5151.01

1. Ist die Regierung nicht auch der Meinung, dass es der Demokratie abträglich ist, wenn, wie im vorliegenden Fall, seitens der Regierung gehandelt und damit ignoriert wird, dass Tausende von Bürgerinnen und Bürger mit der einzuführenden Massnahme (Umstellung auf mindestens 50% Standardsprache im Kindergarten) nicht einverstanden sind?
2. Kann die Regierung meine Meinung, dass auf diese Weise dem Desinteresse am politischen Geschehen und der damit verbundenen Stimmbeteiligung Vorschub geleistet wird, nachvollziehen?
3. Wie begründet die Regierung die Dringlichkeit der eiligst vorgegebenen Rahmenbedingungen "Umstellung auf Standardsprache im Kindergarten", wo doch noch gar nicht klar ist, wie die Abstimmung über die Initiative ausgehen wird?
4. Welches Gegenargument hat die Regierung in diesem Zusammenhang zur gängigen Aussage "die mache jo sowieso, was si wänn"?
5. Wie ist eigentlich die Akzeptanz bei den Kindergärtnerinnen für die vorgesehene Sprachumstellung?
6. Teilt der Regierungsrat, insbesondere der Bildungsminister, meine Ansicht, dass die Sprache - und zwar jede Sprache - ein Kulturgut ist, das es zu pflegen gilt?
7. Befürchtet der Regierungsrat in diesem Fall nicht, dass durch die Aufweichung der Trennung zwischen Dialekt und Hochdeutsch eine unerwünschte Mischsprache entstehen könnte?
8. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, falls die Initiative angenommen wird?

Beatrice Alder

i) Interpellation Nr. 40 betreffend Schiessereien und Messerstechereien auf offener Strasse durch Personen mit Migrationshintergrund in Basel

09.5152.01

Leider müssen im Raum Basel häufig Meldungen über Messerstechereien und Schiessereien registriert werden. Erstaunlich oft wird die Tat durch eine ausländische Person bzw. eine Person mit Migrationshintergrund ausgeführt.

Hauptsächlich werden diese Taten durch Personen, welche gemäss Art. 7 und 7a WG und Art. 12 WV gar keine Waffen besitzen - geschweige denn tragen - dürften, ausgeführt. In dem erwähnten Gesetzesartikel steht, dass Personen aus Albanien, Algerien, Sri Lanka, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien - Herzegowina, Serbien und der Türkei der Erwerb, der Besitz, das Anbieten, Vermitteln und Übertragen von Waffen, Waffenbestandteilen, Waffenzubehör, Munition sowie Tragen von Waffen und Schiessen mit Feuerwaffen grundsätzlich verboten sei.

Dieser Gesetzesartikel zeigt, dass die hauptsächlichlichen Täter durch die Gesetzgebung bereits anlässlich der Erstellung des alten WG 1999 - erkannt wurden und diesbezüglich gehandelt wurde.

Trotzdem leisten sich Angehörige dieser Gruppierungen bei uns ständig Scharmützel mit Waffen. Man muss sich fragen, was eine Verschärfung des Waffengesetzes bringt, wenn sich diese Gruppierungen trotzdem seit Jahren nicht an die Gesetze halten. Einzig die Sammler, Schützen und Jäger werden durch neu verschärfte Gesetze massiv eingeschränkt.

Fragen:

1. Wie oft haben durch den Basler Grossen Rat eingebürgerte Personen in den letzten 10 Jahren eine schwere Straftat mit Waffen begangen?
2. Wie oft haben durch den Basler Grossen Rat eingebürgerte Personen in den letzten 10 Jahren eine andersgeartete Straftat mit Waffen begangen?
3. Wie oft haben durch den Basler Grossen Rat eingebürgerte Personen in den letzten 10 Jahren eine schwere Straftat begangen?
4. Wie oft haben durch den Basler Grossen Rat eingebürgerte Personen in den letzten 10 Jahren eine leichte Straftat - ausgenommen Verstösse gegen das SVG - begangen?
5. Wie viele Straftäter, welche in Basel eine Straftat mit einer Waffe durchgeführt hatten, wurden in einem anderen Schweizer Kanton eingebürgert?
6. Wie viele Personen mit legalem Aufenthalt in der Schweiz ohne CH - Pass wurden in den letzten 30 Jahren im Kanton Basel - Stadt infolge Verstosses gegen das WG straffällig?
7. Wie viele Schweizer Bürger (ohne Migrationshintergrund) wurden innerhalb der letzten 30 Jahre im Kanton Basel-Stadt infolge Verstosses gegen das WG straffällig?
8. Wie oft wurde die Waffe legal gekauft (ab Zeitpunkt der Einbürgerung gerechnet)?
9. Wie oft wurden die Tatwaffen illegal aus dem Ausland in die CH verbracht?
10. Was will der Regierungsrat gegen die Missstände und die Häufung solcher Zwischenfälle unternehmen?

Samuel Wyss

j) Interpellation Nr. 41 betreffend Ausnahmegewilligung für SCOPE auf dem Landhof

09.5153.01

Über die Durchführung von SCOPE auf dem Sportplatz Landhof parallel zur Art Basel wird seit März gerungen. Vor wenigen Tagen verweigerte das Bauinspektorat die Baubewilligung für das SCOPE-Zelt. Davor hatte die Regierung die Rechtsgültigkeit eines Mietvertrags anerkannt, den Verwaltungsangestellte des Erziehungsdepartements mit SCOPE geschlossen hatten. Nun müssen die Nutzerinnen und Nutzer des Landhofs davon ausgehen, dass die Benützung nicht nur vom 2. bis 19. Juni beeinträchtigt sein wird, sondern während voller zwei Monaten: Dies infolge der Schädigung des Rasens, der nach der Veranstaltung neu ausgesät werden muss. Dadurch bliebe der Landhof während mindestens zwei Monate nicht nutzbar.

Aus diesen Fakten ergeben sich folgende Fragen:

- Ist das Baudepartement bereit Massnahmen zu ergreifen, die dafür sorgen, dass das Areal des Landhofs ab dem 19. Juni wieder vollumfänglich für die täglichen Sport- und Freizeitaktivitäten genutzt werden kann?
- Wer kommt für die Kosten der nötigen Wiederherstellung des Rasens nach dem 19. Juni auf?
- Wurden SCOPE von Seiten der Regierung Auflagen bezüglich Lärmschutz gemacht?
- In der Basellandschaftlichen Zeitung vom 28.05. ist folgendes zu lesen. „Wenig Freude verursacht die SCOPE auch andernorts, weil sie laut aufgekommenen Gerüchten nicht solvent sei und noch Rechnungen offen seien, Dies betrifft etwa die Rheinhäfen.“
Sollten diese Informationen zutreffen, wie hat sich die Regierung gegenüber SCOPE abgesichert?
- Weshalb wurde von Seiten des Baudepartements den Einsprechern bei der Entscheidungsfindung weder das rechtliche Gehör gewährt, noch liess man ihnen eine begründete Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung zukommen?
- Gibt es ein Alternativangebot für die Aktivitäten der IG Landhof in dieser Zeit?

Thomas Grossenbacher

k) Interpellation Nr. 42 betreffend Liegenschaften am Hirtenweg in Riehen

09.5154.01

Ende Juni läuft der Baurechtsvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Riehen und dem Kanton Basel-Stadt für die Baurechtspartelle am Hirtenweg 16-28 in Riehen aus. Die Gemeinde Riehen hat sich bemüht, auf diesen Termin die fragliche Parzelle vom Kanton zu erwerben. Da dies nicht möglich war und der Baurechtszins vom Kanton so erhöht wird, dass mit den Liegenschaften keine vernünftige Rendite mehr erwirtschaftet werden kann, hat der Riehener Gemeinderat dem Einwohnerrat beantragt, den Baurechtsvertrag nicht mehr zu verlängern.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb war der Regierungsrat nicht bereit, der Gemeinde Riehen die fragliche Parzelle zu verkaufen?
2. Welche Folgen hat die Nichtverlängerung des Baurechtsvertrags für die Mieter und Mieterinnen der genannten Liegenschaften (Kündigung? Erhöhung des Mietzinses in welcher Höhe?)
3. Wie hoch ist der Preis, den der Kanton der Gemeinde Riehen für den Heimfall der Gebäude und Anlagen bezahlen muss?
4. Welche kurz-, mittel- und längerfristigen (strategischen) Absichten verfolgt der Kanton mit den genannten sowie den Nachbarliegenschaften, die auch in seinem Besitz sind?

Salome Hofer

I) Interpellation Nr. 43 betreffend Rechtsextremismus in Basel-Stadt

09.5155.01

Gemäss dem Bericht zur Inneren Sicherheit und Rechenschaftsbericht des Bundesamtes für Polizei des Jahres 2008 treten Rechtsextreme selbstbewusster auf¹. Ansonsten seien die Vorfälle eher zurückgegangen. Trotzdem sind in der Region Basel neue Aktivitäten zu beobachten. Am 1. Mai 2009 z.B. musste die Basler Kantonspolizei einen unbewilligten und nicht angekündigten Fackelumzug von etwa 100 rechtsextremen Personen auflösen. Ausserdem wurde anfangs Jahr bekannt, dass sich eine Sektion Basel der PNOS² gegründet hatte. Es stellt sich daher die Frage, wie die Regierung auf diese Phänomene reagiert und welche Massnahmen sie ergriffen hat, denn diesbezüglich war bisher in der Öffentlichkeit nichts zu vernehmen. Auf der Homepage der kantonalen Verwaltung Basel-Stadt findet man zum Thema Rechtsextremismus einzig den Hinweis auf die Anlauf- und Beratungsstelle für Rechtsextremismus beider Basel. Dort erfährt man zusätzlich, dass es eine gemeinsame Arbeitsgruppe "Rechtsextremismus" von Basel-Landschaft und Basel-Stadt gibt. Aber worin deren Aufgaben, Massnahmen und Empfehlungen bestehen, ist nicht ersichtlich.

Daher bitte ich die Regierung, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Erfahrungen und Strategien hat die Regierung Basel-Stadt im Umgang mit Rechtsextremismus?
2. Welche Art von Rechtsextremismus zeigt sich hier in Basel-Stadt? Sind die oben erwähnten Ereignisse eine neue Erscheinung? Welches Gefahrenpotential geht davon aus?
3. Wie reagierte die Regierung auf den versuchten Fackelumzug am 1. Mai von rechtsextremen Personen? Welche Massnahmen hat sie danach ergriffen, insbesondere präventive Massnahmen?
4. Wurden im Zusammenhang mit dem Fackelumzug Personenkontrollen durchgeführt oder wurde (im Gegensatz jeweils zur Anti-WEF-Demo) mehr Zurückhaltung geübt? Wenn ja, warum?
5. Welche Konsequenzen (z.B. in Bezug auf die finanziellen Mittel) haben diese neuen Erscheinungen für die Anlauf- und Beratungsstelle für Rechtsextremismus beider Basel?
6. Welche Erfahrungen hat die Anlauf- und Beratungsstelle für Rechtsextremismus beider Basel in den letzten beiden Jahren gemacht? Gibt es dazu einen Tätigkeitsbericht?
7. Wie stellt sich die bikantonale Arbeitsgruppe zu diesen Ereignissen und welche Massnahmen hat diese ergriffen?
8. Verfügt die bikantonale Arbeitsgruppe über grundlegende präventive Konzepte gegen Rechtsextremismus? Steht die Arbeitsgruppe, in Folge der grenzüberschreitenden Vernetzung des Phänomens, mit Präventionspartnern im Ausland in Austausch?
9. Reichen die aktuellen Mittel aus, um mit dem Phänomen des Rechtsextremismus umzugehen? Oder sieht die Regierung hier einen Handlungsbedarf? Sind insbesondere auch die Strukturen der bikantonalen Arbeitsgruppe und der Anlaufstelle beider Basel genügend?
10. Ist die Regierung bereit, zum Thema Rechtsextremismus vermehrt präventiv tätig zu werden? Und ev. ein Massnahmenpaket mit Empfehlungen an Behörden, Ämter und andere involvierte Personen, die damit umgehen müssen, zu erarbeiten?

¹ Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2008, Mai 2009, Publikation des Bundesamtes für Polizei, abrufbar unter: http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/mi/2009/ref_2009-05-19.html; S. 11:

"Tendenziell hat sich die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren wenig verändert. Rechtsextreme treten heute aber selbstbewusster auf, scheuen die Öffentlichkeit weniger als früher und versuchen, sich teilweise in der Parteipolitik zu etablieren. Sie stehen zunehmend auch öffentlich zu ihren Überzeugungen, ersuchen die Behörden um Demonstrationsbewilligungen und pochen auf Grundrechte."

² Partei National Orientierter Schweizer (PNOS)

Tanja Soland

m) Interpellation Nr. 44 betreffend Dialekt im Kindergarten

09.5156.01

Zurzeit ist eine Volksinitiative hängig, die fordert, dass der Dialekt Grundsprache (= Anteil 80 Prozent) im Kindergarten bleiben soll. Nichtsdestotrotz haben das Erziehungsdepartement und der Erziehungsrat im Februar dieses Jahres noch rasch ein neues Rahmenkonzept in Kraft gesetzt, wonach bereits ab August 2009 in den Kindergärten zu mindestens 50% Standardsprache gesprochen werden muss. Die entsprechenden Rahmenbedingungen erliess die "Schulleitung der Kindergärten Basel" sogar erst am 30. März 2009, zu einem Zeitpunkt also, als alle Medien längst vom überwältigenden Erfolg der Unterschriftensammlung für die Initiative berichtet hatten.

Ganz unabhängig vom rein sprachlichen Streit fällt bei diesem Vorgehen ein schiefes Licht auf das Demokratie-Verständnis der Verantwortlichen im ED und deren sorgsamem Umgang mit Steuergeldern. Es ist doch immerhin sehr gut möglich, dass all die Gelder für diese überstürzte Einführung des neuen Sprachkonzepts durch einen anstehenden Volksentscheid hätten eingespart werden können.

Aus diesem Grunde bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Wie steht der Regierungsrat zur Auffassung, dass vor der Einführung von flächendeckendem Standarddeutsch im Kindergarten der Volksentscheid hätte abgewartet werden müssen, da der Initiative eine aufschiebende Wirkung zukommt?
2. Wie viel Geld wurde und wird noch bis zum Beginn des Schuljahres 2009/10 ausgegeben für strukturelle Massnahmen, Anpassung des Lehrplans und Aus- und Weiterbildung der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner (sog. Einführungsveranstaltungen)?
3. Welche zusätzlichen Kosten verursacht die "Umstellung auf Standarddeutsch im Kindergarten" während den nächsten zwei Jahren? Wäre es nicht sinnvoll gewesen, den Volksentscheid abzuwarten, um solche - infolge einer Annahme der hängigen Initiative durch das Volk - allfällig unnötigen Ausgaben zu vermeiden?
4. Welche weiteren Kosten kämen auf des ED zu, wenn das Ganze wegen der Annahme der Initiative wieder zurückgenommen werden müsste?

André Weissen

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend Honorare für Willensvollstrecker und Notariatstarif

09.5138.01

Zahlreiche Erblasser setzen in ihren letztwilligen Verfügungen Willensvollstrecker ein. Diese vertreten gemäss Zivilgesetzbuch den Willen des Erblassers „und gelten insbesondere als beauftragt, die Erbschaft zu verwalten, die Schulden des Erblassers zu bezahlen, die Vermächtnisse auszurichten und die Teilung nach den vom Erblasser getroffenen Anordnungen oder nach Vorschrift des Gesetzes auszuführen“ (Art. 518 Abs. 2 ZGB). Dafür haben sie Anspruch auf angemessene Vergütung für ihre Tätigkeit (Art. 517 Abs. 3 ZGB).

Das Willensvollstreckerhonorar gemäss Art. 517 Abs. 3 ZGB ist nach dem Prinzip der derogatorischen Kraft des Bundesrechts und der zu Art. 517 Abs. 3 ZGB entwickelten Rechtsprechung ausschliesslich durch Bundesrecht geregelt. Es ist objektiv im Verhältnis zu den erbrachten Leistungen zu ermitteln. Kantonale Notariats- oder Anwaltstarife finden auf diesen Vergütungsanspruch deshalb keine Anwendung (BGE 129 I 330, mit weiteren Hinweisen).

Trotz dieser klaren Rechtslage kommt es offenbar nicht selten vor, dass Willensvollstrecker ein (ganz oder teilweise) pauschal nach dem Wert des Nachlasses berechnetes Honorar einfordern. Zum Teil stützen sich diese Willensvollstrecker dabei auf den kantonalen Notariatstarif, der in § 11 Ziff. 13 ff. derartige Pauschalhonore für Notare vorsieht, obwohl diese Tarifpositionen für Willensvollstrecker der Bundesregelung widersprechen.

Die Erben haben in derartigen Situationen in der Regel einen schweren Stand, denn einerseits befindet sich der

Willensvollstrecker im Rahmen der Mandatsabwicklung in einer starken Stellung, und andererseits können Pietätsüberlegungen Erben dazu verleiten, die Anordnungen des Willensvollstreckers (inklusive seine eigene Honorierung) nicht in Frage zu stellen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich den Regierungsrat um Auskunft zu folgenden Fragen bitten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen die baselstädtische Praxis betreffend Willensvollstrecker-Honorare ein? Entspricht diese Praxis nach den Informationen des Regierungsrats den Vorgaben des Bundesrechts?
2. Wie schätzt der Regierungsrat den Handlungsbedarf in dieser Hinsicht ein?
3. Ist aus Sicht des Regierungsrates die Verordnung über den Notariatstarif anzupassen, um allfällige Missbräuche zu verhindern?

Lukas Engelberger

b) Schriftliche Anfrage betreffend Gewaltprävention an Schulen

09.5147.01

Bisher haben auch externe Fachpersonen die Leitung von Wahlfachsportkursen übernommen. Anfang Mai wurde den Kursleiterinnen und Kursleitern mitgeteilt, dass ihr Angebot in diesem Rahmen nicht weitergeführt werde. Unter anderem wurden auch Kurse angeboten, welche Gewaltprävention durch Kampfsport vermittelten.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Welche Angebote für Gewaltpräventionskurse bestehen heute in den Schulen?
2. Warum werden für das Schuljahr 2009/10 für spezielle Wahlfachsportarten keine externen Fachpersonen mehr beigezogen?
3. Erachtet der Regierungsrat den Kampfsportunterricht – wie er in der Vergangenheit an der Weiterbildungsschule Bäumlhof angeboten wurde – als geeignete Form zur Gewaltprävention?
4. Wenn ja, sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, diese Form von Gewaltprävention in Schulen zu fördern?
5. Wenn nein, welche Formen von Gewaltprävention an Schulen erachtet der Regierungsrat für sinnvoll und durchführbar?

Mirjam Ballmer